



KREIS OTTWEILER
ILLINGEN
BEBAUUNGSPLAN
SATZUNG
FÜR DEN MARKTPLATZ, FLUR 12, M. 1:200

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetzes (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung vom 17. Juli 1964 beschlossen.
Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde Illingen durch den Landrat des Kreises Ottweiler -Kreisplanungsamt- auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme des Kreisvermessungsamtes.
Ottweiler, den 26. APRIL 1968
(Hell)
Dipl.-Ing.
Kreisoberbaumeister
Der Sachbearbeiter: H. SCHNEIDER, BAU-ING.

Durch diesen Bebauungsplan treten alle entgegenstehenden Vorschriften der Baupolizeiverordnung vom 23. September 1960 (Anzbl. des Saarl. Nr. 75, Seite 701) und von 27. April 1961 (Anzbl. des Saarl. Nr. 29, Seite 270) die gemäß § 173 BBauG als Bebauungsplan im Sinne des BBauG weitergilt, soweit sie Festsetzungen der in § 9 BBauG genannten Art enthält, außer Kraft.

Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes	
1 Geltungsbereich	LAUT PLAN
2 Art der baulichen Nutzung	MISCHGEBIET
2.1 Baugebiet	BAUNUTZUNGSVERORDNUNG § 6 ABSATZ (2)
2.2 zulässige Anlagen	KEINE
2.3 ausnahmsweise zulässige Anlagen	LAUT PLAN
3 Maß der baulichen Nutzung	LAUT PLAN bzw. nach § 17 (1) BN
3.1 Zahl der Vollgeschosse	LAUT PLAN bzw. nach § 17 (1) BN
3.2 Grundflächenzahl	ENTFÄLLT
3.3 Geschosflächenzahl	ENTFÄLLT
3.4 Baumassenzahl	ENTFÄLLT
3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen	ENTFÄLLT
4 Bauweise	LAUT PLAN
5 Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen	LAUT PLAN
6 Stellung der baulichen Anlagen	LAUT PLAN
7 Mindestgröße der Baugrundstücke	ENTFÄLLT
8 Höhenlage der baulichen Anlagen (Maß OK Straßenkante Mitte Haus bis OK Erdgeschoßfußboden)	ENTFÄLLT
9 Flächen für überdeckte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	INNERHALB DER ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKSFÄCHE
10 Flächen für nicht überdeckte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	ENTFÄLLT
11 Baugrundstücke für den Gemeinbedarf	ENTFÄLLT
12 Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen	ENTFÄLLT
13 Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen die privatrechtlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebaul. Gründe insbesondere solche des Verkehrs bestimmt sind	ENTFÄLLT
14 Grundstücke die von der Bebauung freizuhalten sind um ihre Nutzung	ENTFÄLLT
15 Verkehrsflächen	LAUT PLAN
16 Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrsflächen	ENTFÄLLT
17 Versorgungsflächen	ENTFÄLLT
18 Führung oberirdischer Versorgungsleitungen und Anlagen	ENTFÄLLT
19 Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen	ENTFÄLLT
20 Grünflächen wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zeit- und Badeplätze, Friedhöfe	LAUT PLAN
21 Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen und anderen Bodenschätzen	ENTFÄLLT
22 Flächen für Land- und Forstwirtschaft	ENTFÄLLT
23 Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erholungsgebiets oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen	ENTFÄLLT
24 Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen	ENTFÄLLT
25 Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich sind	ENTFÄLLT
26 Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltende Schutzflächen und ihre Nutzung	ENTFÄLLT
27 Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern	ENTFÄLLT
28 Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern	ENTFÄLLT

Aufnahme von	
Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293).	ENTFÄLLT
Aufnahme von	
Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmalen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293).	ENTFÄLLT
Kennzeichen von Flächen gemäß § 9 Abs. 3 BBauG	
1 Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind	GESAMTER GELTUNGSBEREICH
2 Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind	ENTFÄLLT
3 Flächen, unter denen der Bergbau ungeht	GESAMTER GELTUNGSBEREICH
4 Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind	ENTFÄLLT
Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 4 BBauG	
	ENTFÄLLT

Planzeichenerklärung	
Geltungsbereich	—
Zum Abbruch vorgesehene Gebäude	—
Derzeitige Straßenbegrenzung	—
Bestehende Straßen	—
Geplante Straßen	—
Bestehende Grundstücksgrenzen	—
Geplante Grundstücksgrenzen	—
Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen	—
Geschoszahl	—
Grundflächenzahl	—
Geschosflächenzahl	—
Mischgebiet	—
Grünflächen	—
Derzeitiges Grundstück Kunrath	—
Zukünftiges Grundstück Kunrath	—
Baugrenze	—
Baulinie	—
Bestehende Gebäude	—
Zukünftiges Gebäude Kunrath	—

Offenlegungsvermerke
Der Bebauungsplan hat gemäß § 2 Abs. 6 ausgelegen von 20. MAI 1968 bis zum 20. JUNI 1968.
Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG als Satzung vom Gemeinderat am 27. JUNI 1968 beschlossen.

ILLINGEN, den 18. JULI 1968
Der Bürgermeister
in Vertretung
[Signature]

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG genehmigt.
Saarbrücken, den 18. April 1969
Der Minister für Öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau
SAARLAND
Im Auftrag
Der Minister des Innern
- Oberste Landesbaubehörde -
[Signature]

Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 wurde am 24. März 1969 ortsblich bekanntgemacht.
Illingen, den 22. April 1969
Der Bürgermeister
[Signature]